

Ostmittel- und Südosteuropa

Die Krise der EU schlägt durch

Zum zweiten Mal in Folge hat sich die am weitesten entwickelte Region des BTI in allen drei Untersuchungsdimensionen verschlechtert. Der Rückschritt hängt eng mit den Problemen der Europäischen Union zusammen. Zudem wächst in vielen Ländern der Unmut über enttäuschende Regierungsleistungen.

Die gute Nachricht ist, dass nach wie vor kein Land Ostmittel- und Südosteuropas ernsthaft in Gefahr ist sich zur Autokratie zurückzuentwickeln, und auch im BTI 2014 gibt es in keiner anderen Weltregion auch nur annähernd so viele entwickelte Marktwirtschaften. Unverkennbar ist aber auch: Zum zweiten Mal nach dem BTI 2012 entwickelt sich die politische und ökonomische Transformation im Durchschnitt der Region zurück, und auch die Regierungsleistungen haben in vielen Staaten erneut nachgelassen.

Dieser Zustand hängt eng mit der Krise der Europäischen Union (EU) infolge der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise zusammen. Die Mitgliedschaft in der EU hat bisher längst nicht überall die erhoffte Schubkraft für bevölkerungsweite Wohlstandsgewinne und einen schnelleren ökonomischen Aufholprozess entfaltet. Dadurch wurden europaskeptische und -feindliche politische Kräfte gestärkt und eine allgemeine Enttäuschung sowie Unzufriedenheit gefördert, die sich in Protestbewegungen, der Mobilisierung populistischer Stimmungen und einer dominanzorientierten Machtpolitik von Regierungsmehrheiten artikulieren. So verzeichnen Bulgarien und Rumänien, EU-Mitglieder seit 2007, deutliche Rückschritte im Bereich der politischen Transformation. Im Falle Ungarns, das der EU 2004 beitrug, sind diese auch mit einer Schwächung marktwirtschaftlicher Institutionen und Prinzipien verbunden. So wie Ungarn und Rumänien wird auch Serbien im BTI 2014 als defekte Demokratie eingeschätzt. Diese Defekte existieren vor allem im Bereich der politischen Repräsentation und zivilgesellschaftlichen Selbstorganisation sowie bei der Rechtsstaatlichkeit und der Medienfreiheit.

Allerdings haben solche Negativtendenzen nicht alle Staaten und Gesellschaften der Region in gleichem Maße erfasst. Im innerregionalen Vergleich fällt insbesondere auf, dass die baltischen Staaten sowie Polen, die Slowakei und Tschechien ihr erreichtes demokratisches und marktwirtschaftliches Niveau halten und teilweise sogar verbessern konnten. Angesichts der tiefen Wirtschaftskrise erwiesen sich die demokratischen Institutionen vor allem in den baltischen Staaten als bemerkenswert widerstandsfähig, auch wenn in Lettland das Referendum über Russisch als Landessprache und die Konfrontation zwischen dem Präsidenten und dem Parlament auf größere politische Instabilität und eine Vertiefung der ethnopolitischen Spaltungslinie zwischen ethnischen Letten und dem russischsprachigen Teil der Bevölkerung hinweisen.

In Südosteuropa hingegen konnte nur Montenegro in allen drei Untersuchungsdimensionen geringfügige Verbesserungen erzielen. Sie stehen im Zusammenhang mit der Vorbereitung auf den EU-Beitritt. Doch auch hier gilt es zu differenzieren: So trugen der EU-Beitrittsprozess und die Beitrittsperspektive in Kroatien und Serbien zwar zu Fortschritten im Bereich der Korruptionsbekämpfung bei, gaben aber keine weitreichenden Impulse für demokratische und marktwirtschaftliche Reformen.

Ethnopolitische Konflikte um die Zugehörigkeit zum Nationalstaat erschweren noch immer die politischen und ökonomischen Transformationsprozesse in Bosnien und Kosovo, obwohl Belgrad und Prishtina nach dem Regierungswechsel in Serbien einen Dialog auf politischer Ebene begannen, der im April 2013 zu einem Abkommen über die Integration der kosovo-serbischen Strukturen in die kosovarischen Institutionen führte. Mazedonien bewahrte zwar das seit dem Übergang zur Demokratie existierende Modell einer gemeinsamen Regierung aus ethnisch albanischen und ethnisch mazedonischen Parteien, die Regierungspolitik der Polarisierung und Machtmonopolisierung schädigte jedoch ebenso wie in Albanien die Qualität der Demokratie.

Weil die südosteuropäischen Staaten sich im Bereich der politischen Transformation und im politischen Management im Durchschnitt noch stärker als die ostmitteleuropäischen Staaten verschlechtert haben, wächst die Kluft zwischen den beiden Subregionen: Sie beträgt im Bereich des Transformationsmanagements jetzt 0,93 Punkte, bei der politischen Transformation 1,63 Punkte und im Hinblick auf die ökonomische Transformation sogar 1,67 Punkte.

Politische Transformation

Missbrauchte Macht

In zwölf Ländern der Region hat die Demokratie gelitten. Verantwortlich dafür sind vor allem zwei schon seit längerem zu beobachtende Trends: die Missachtung rechtsstaatlicher Prinzipien durch Regierungsmehrheiten – und ein größer werdendes Misstrauen in die Demokratie.

Regierungsparteien, die ihre parlamentarische Mehrheit dazu benutzen, um die in der Verfassung vorgesehenen gegenseitigen Kontrollmechanismen zu schwächen und ihre eigene Machtposition in Staat und Gesellschaft auszubauen: Dieses Muster dominanzorientierter Machtpolitik ließ sich im Untersuchungszeitraum insbesondere in Albanien, Mazedonien, Rumänien und Ungarn beobachten. In Rumänien entmachtete die von Ministerpräsident Victor Ponta geführte sozialdemokratisch-nationalliberale Regierung das Parlament und das Verfassungsgericht in ihrem Kampf gegen den Staatspräsidenten Traian Băsescu, der für eine Justizreform und eine wirksame Korruptionsbekämpfung eingetreten war. Konsequenz der Verfassungsverstöße und Manipulationen: Kein Land der Region hat sich derart verschlechtert wie das EU-Mitglied Rumänien (-0,65).

Erneute Rückschritte sind auch für Ungarn (-0,40 Punkte) zu konstatieren: Hier beschloss die von Ministerpräsident Viktor Orbán geführte konservative Regierungskoalition mit ihrer Zweidrittelmehrheit im April 2011 eine neue Verfassung im Eilverfahren gegen den Widerstand der Opposition und ohne angemessene gesellschaftliche Debatte und parlamentarische Beratung. Die von der Regierung als „Grundgesetz“ bezeichnete neue Verfassung führt für über 50 Politikbereiche „kardinale Gesetze“ ein, die vom Parlament nur mit Zweidrittelmehrheit verändert werden dürfen. Bis Juni 2013 hatte das Parlament bereits 49 solcher Gesetze beschlossen – ein Zeichen dafür, dass die Zweidrittelmehrheit dazu ausgenutzt wurde, um die politischen Präferenzen der Regierung für nachfolgende Legislaturperioden zu zementieren.

In Albanien (-0,55 Punkte) besetzte die regierende Demokratische Partei von Ministerpräsident Sali Berisha wichtige öffentliche Ämter wie die Position des Staatspräsidenten, des Geheimdienstchefs und des Generalstaatsanwalts mit ihren Gefolgsleuten. Über eine kontroverse Stimmauszählung erreichte sie, dass ihr Kandidat im Mai 2011 zum Bürgermeister von Tirana gewählt wurde.

In Mazedonien (-0,40 Punkte) schließlich erhöhte die konservative Regierungskoalition die Zahl der Staatsbediensteten seit 2006 um mehr als 50 Prozent, was umfangreiche Möglichkeiten einer parteipolitischen Patronage eröffnete – zumal angesichts einer Arbeitslosenquote von 30 Prozent. Parallel zum Aufbau klientelistischer Abhängigkeitsverhältnisse verstärkte die Regierung ihre Kontrolle über den öffentlichen Rundfunk und setzte oppositionsnahe Medien unter Druck, etwa indem Zeitungslizenzen aufgrund angeblich nicht gezahlter Steuern entzogen wurden – eines der vielen regionalen Beispiele für den zunehmenden Druck auf die „vierte Gewalt“.

Die Erosion der Gewaltenteilung ist indes kein ganz neues Phänomen: Seit dem BTI 2008 hat sich dieser Indikator im regionalen Durchschnitt um 0,94 Punkte verschlechtert. Die skandalöse Verstrickung der politischen Eliten in Korruption, die anhaltende ökonomische Krise und die schwindende Anziehungskraft einer bei der Krisenbewältigung versagenden EU haben zudem das Vertrauen in die Demokratie erschüttert: Im BTI 2014 ist die Zustimmung zur Demokratie nur in Estland uneingeschränkt, der regionale Durchschnittswert sank auch hier zuletzt deutlich.

Unter dem Druck der EU reformierten die Länder Südosteuropas, die einen Beitritt anstreben, ihre Justizsysteme. Ein Kernproblem für die Reformer lag dabei darin, Maßnahmen zur Abschirmung von Richtern gegen politische und andere Beeinflussungsversuche mit Mechanismen zu verknüpfen, die es erlauben, Richter bei Verstößen gegen professionelle Standards zur Verantwortung zu ziehen. In Serbien beispielsweise verfügte das Verfassungsgericht im Juli 2012 die Wiedereinstellung aller Richter, die zuvor von der Regierung im Zuge der Justizreform entlassen und auf ihre professionelle Kompetenz überprüft worden waren.

Im Falle Bulgariens und Rumäniens ist die EU-Mitgliedschaft im Hinblick auf die Konsolidierung ihrer demokratischen politischen Systeme bislang ohne Effekt geblieben. Ihnen attestierte die Europäische Kommission vielmehr fortbestehende Mängel, vor allem im Bereich der Umsetzung und Anwendung

von Rechtsvorschriften zur Unabhängigkeit der Judikative. In Bulgarien manifestierte sich das mit diesen Umsetzungsdefiziten verbundene Spannungsverhältnis zwischen Exekutive und Judikative im Juli 2012 erneut, als der Oberste Justizrat die Richterin Miroslava Todorova entließ, nachdem sie den Innenminister wegen seiner Einmischung in die Unabhängigkeit des Justizsystems kritisiert hatte. Während der Rat Todorovas Abberufung damit rechtfertigte, dass sie ein Strafverfahren verschleppt habe, protestierten zahlreiche Richter und zivilgesellschaftliche Organisationen gegen die Entscheidung, die sie für einen Angriff auf die Unabhängigkeit der Judikative hielten.

Wirtschaftliche Transformation

An Boden verloren

Die ökonomischen Schwierigkeiten im Euroraum und ein nur eingeschränkter Zugang zu Krediten haben die gesamte Region vor Probleme gestellt. Allerdings taten sich nicht alle Länder gleichermaßen schwer. Während die baltischen Staaten und Polen sich rasch wieder erholten, führten Spar- und Konsolidierungszwänge andernorts zu andauernden Krisen.

Unverändert sind Ostmittel- und Südosteuropa ökonomisch vom Euroraum und der EU abhängig: Strukturell ergibt sich diese Abhängigkeit aus der intensiven Handelsverflechtung mit der EU und den westeuropäischen Staaten sowie aus dem Umfang ausländischer Direktinvestitionen, der Dominanz ausländischer Banken und der Kopplung von Geld- und Währungspolitiken an die EU. Für alle Staaten der Region ist die EU der dominierende Export- und Importpartner. Nach Angaben der UN-Welthandels- und Entwicklungskonferenz lag der Bestand an ausländischen Direktinvestitionen im Jahr 2012 in den ostmittel- und südosteuropäischen Staaten bei durchschnittlich 61 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und damit erheblich höher als in vielen westeuropäischen EU-Mitgliedstaaten. Darüber hinaus dominieren ausländische Banken die Kapitalmärkte in der Region, erreichen in vielen Ländern nach Angaben des IWF Marktanteile von über 90 Prozent und kontrollieren in fast allen Ländern Vermögensbestände im Wert von über 50 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Diese strukturellen Faktoren erklären, weshalb die gesamte Region von 2011 bis Anfang 2013 unter dem niedrigen Wachstum im Euroraum und unter dem eingeschränkten Zugang zu Krediten litt. Ihren deutlichen Ausdruck findet die Krise in einer nachlassenden volkswirtschaftlichen Performanz in vielen Ländern der Region. Sieben Länder präsentierten sich in diesem Bereich schwächer, der regionale Durchschnittswert liegt nun 0,47 Punkte unter jenem des BTI 2010. Doch die Wirtschafts- und Finanzkrise traf nicht alle Staaten gleichermaßen schwer. Die EU-Mitglieder Estland und Polen konnten die Krise beispielsweise relativ schnell überwinden. Dies weist darauf hin, dass die EU-Mitgliedschaft diese Staaten zwar aufgrund der engeren ökonomischen Verflechtung mit den anderen EU-Mitgliedstaaten anfälliger gegen Schocks von außen macht, aber die Zugehörigkeit zur Eurozone, die EU-Mechanismen zur Unterstützung finanzieller Stabilität sowie der Zugang zu umfangreichen EU-Hilfen (zum Beispiel Struktur- und Kohäsionsfonds) auch wirksame externe Anker und Hilfen darstellen.

Darüber hinaus waren die massiven fiskalischen Anpassungsprogramme in den baltischen Staaten insofern erfolgreich, als alle drei Staaten seit 2011 wieder hohe Wachstumsraten verzeichneten. In Polen verringerte die Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk das Haushaltsdefizit und unternahm Reformen zur mittelfristigen fiskalischen Konsolidierung, indem sie das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre erhöhte und die Verfassungsvorschrift zur Schuldenbegrenzung auf die substaatlichen Verwaltungskörperschaften ausdehnte. Dagegen kämpften vor allem Kroatien, Serbien, Slowenien, Tschechien und Ungarn mit Rezessionen. Albanien, Kosovo, Rumänien und Serbien waren besonders von geringeren Rücküberweisungen der aus diesen Ländern stammenden Arbeitsmigranten in Westeuropa betroffen.

Die potenzielle Gefahr von ausländischer Finanzdominanz, Wechselkursrisiken und makroökonomischen Instabilitäten bestimmte die Außenwirtschaftspolitik vieler Länder. So traten die kleineren Volkswirtschaften der Region der Eurozone bei (Slowenien, Slowakei, Estland sowie Lettland seit Jahresbeginn 2014), übernahmen den Euro unilateral als Zahlungsmittel (Kosovo, Montenegro), verankerten ihre Währung in Currency Boards (Bosnien, Bulgarien, Litauen) oder betreiben stabilisierte Wechselkursregime (Kroatien, Mazedonien).

Infolge der andauernden Wirtschaftskrise erhöhten sich die Anteile notleidender Kredite und damit die Risiken für die Bankensysteme in Slowenien, Ungarn und mehreren südosteuropäischen Ländern. Mit Steuererhöhungen, Gehaltskürzungen im öffentlichen Sektor und Privatisierungen von Staatsunternehmen versuchte die slowenische Regierung die drohende Staatsinsolvenz zu vermeiden, konnte aber nicht verhindern, dass Sloweniens Kreditwürdigkeit Ende April 2013 auf Ramschniveau herabgestuft wurde. Noch stärker als Slowenien (-0,32 Punkte) hat Ungarn (-0,46 Punkte) gegenüber dem BTI 2012 eingebüßt. Zwar wurde durch die Verringerung seines Haushaltsdefizits im Mai 2012 die Aufhebung von der EU verhängten finanziellen Sanktionen erreicht, aber die mit populistischer Rhetorik garnierten Krisenmaßnahmen der Regierung (unter anderem eine Sonderabgabe für ausländische Banken und die „Renationalisierung“ von Pensionsfonds-Guthaben der ungarischen Bürger) haben das Vertrauen vieler ausländischer Investoren untergraben und die Zweifel an der dauerhaften finanziellen Stabilität genährt.

Ernüchternd ist schließlich, wie schon auf dem Feld der politischen Transformation, die sozioökonomische Entwicklung Bulgariens und Rumäniens. Während sich die Einkommensungleichheit zwischen dem reichsten und dem ärmsten Bevölkerungsfünftel in den meisten neueren EU-Mitgliedstaaten zwischen 2003 und 2011 kaum veränderte oder leicht verringerte, hat sie sich in Bulgarien, Rumänien und Ungarn deutlich erhöht. Auch die Armutsgefährdungsquote nahm in diesen Staaten in diesem Zeitraum stark zu, während sie sich in Polen verringerte. Für die meisten Länder der Region schließlich gilt: Die sinkenden Beschäftigungsquoten stellen, vor allem in den ärmeren südosteuropäischen Staaten, ein wachsendes soziales Problem dar.

Transformationsmanagement

Protestparteien auf dem Vormarsch

Die Folgen der Krise Europas erschweren fraglos auch das Transformationsmanagement. Doch das Hauptproblem ist hausgemacht: das nach wie vor gravierende Ausmaß an Korruption. Zahlreiche Skandale und Affären haben dabei nicht nur massive Proteste hervorgerufen. In einigen Ländern wirbeln sie bereits das Parteiengefüge durcheinander.

Polen und die Slowakei heißen die regionalen Aufsteiger im Transformationsmanagement. Die Regierungsleistung in diesen Ländern bewertete der BTI 2014 als „sehr gut“. Überproportional verbessert haben sich beide Länder dabei im Bereich der internationalen Kooperation: Polen, das im Management-Index insgesamt um 0,42 Punkte zulegt, gewinnt hier einen ganzen Punkt hierzu, die Slowakei (+0,29 Punkte im Managementindex) verbessert sich hier um 0,7 Punkte. Sie sind damit zugleich die Ausnahmen in der Region. Denn in elf Ländern, besonders in Ungarn (-1,3 Punkte), hat die Fähigkeit zur Nutzung externer Unterstützung, die internationale Glaubwürdigkeit und die Kooperationsbereitschaft auf regionaler sowie internationaler Ebene nachgelassen. Die Gründe hierfür sind vielfältig: In mehreren Ländern beeinträchtigten Korruptionsskandale, Regierungskrisen, Verfassungsbrüche und polarisierte Konflikte die internationale Glaubwürdigkeit von Regierungen. Die in einigen Staaten zunehmende populistische und nationalistische Rhetorik führte zu Spannungen im Verhältnis zu Nachbarstaaten und zur EU.

Das Hauptproblem indes liegt in der innenpolitischen Glaubwürdigkeit: Die Aufdeckung einer Vielzahl von Korruptionsfällen hat nicht nur massive öffentliche Proteste ausgelöst, sondern auch zum Rücktritt oder zur Abwahl von Regierungen geführt. So war der Bestechungsskandal um den kroatischen Ministerpräsidenten Ivo Sanader, der derzeit eine Freiheitsstrafe von zehn Jahren verbüßt, eine der wichtigsten Ursachen für die Ablösung seiner ehemaligen Partei HDZ. In der Slowakei verlor die Regierungskoalition von Ministerpräsident Iveta Radičová die Parlamentswahlen, nachdem vermutlich authentische Abhörprotokolle des slowakischen Geheimdienstes an die Öffentlichkeit gelangt waren, die dokumentieren, dass der einflussreiche Penta-Konzern zahlreichen Politikern bei Privatisierungen in den Jahren 2005/2006 Provisionen zahlte. Und in Tschechien mussten der Prager Bürgermeister und stellvertretende Vorsitzende der Regierungspartei sowie der zu den oppositionellen Sozialdemokraten gehörende Hauptmann des Kreises Zentralböhmen aufgrund eines Korruptionsverdachts zurücktreten. Eine Bespitzelungs- und Bestechungsaffäre um seine Büroleiterin zwang im Juni 2013 auch den tschechischen Ministerpräsidenten Petr Nečas zum Rücktritt.

In manchen Ländern hat die Empörung sogar neue Protestparteien auf den Plan gerufen. So etwa in Slowenien, das im November 2012 die größten Demonstrationen seit der Unabhängigkeit und erstmals gewaltsame Demonstrationen erlebte, nachdem der wegen Korruption angeklagte Bürgermeister von Maribo seinen Rücktritt verweigert hatte. Im Januar 2013 stellte eine Untersuchungskommission dann fest, dass Ministerpräsident Janez Janša und der Bürgermeister von Ljubljana ihre Vermögensverhältnisse nicht vollständig offengelegt hatten. Da der Ministerpräsident sich weigerte, daraus Konsequenzen zu ziehen, zerbrach seine Regierungskoalition im Januar 2013. Die im Februar 2013 gebildete neue Regierung wird von der Partei „Positives Slowenien“ geführt, die erst kurz vor den Parlamentswahlen im November 2011 gegründet worden war. Die bisher erfolgreichste dieser Anti-Korruptions-Parteien ist die bulgarische Regierungspartei GERB, die 2009 die Parlamentswahlen gewann und im Mai 2013 erneut zur stärksten Partei wurde. In Litauen (Drašas Kelias), der Slowakei (OL'aNO), Tschechien (Věci veřejné) und Ungarn (LMP) gründeten sich in den letzten Jahren Protestparteien, die den Kampf gegen die Korruption und den Politikstil der etablierten politischen Eliten als ihre wichtigste Aufgabe ansehen. Noch ist jedoch nicht abzusehen, ob diese Neugründungen die Integrität der Politik stärken und die mit den Mechanismen der Elitenauswahl verbundenen Korruptionsursachen wirksam bekämpfen können.

Neben der Korruption löste die allgemeine wirtschaftliche Misere Proteste und Demonstrationen in mehreren Ländern aus. Nicht nur in Slowenien, sondern auch in Bulgarien, Litauen und Serbien mündeten sie in Regierungswechsel. In anderen Staaten unterstützten von Verarmung betroffene Bevölkerungsgruppen auch extremistische Parteien mit radikal nationalistischen oder antidemokratischen Agenden. Die ist nicht nur in Ungarn der Fall, sondern auch in Lettland, wo die Wirtschaftskrise zur politischen Mobilisierung der russischsprachigen Bevölkerungsgruppe, die etwa ein Drittel der Gesamtbevölkerung Lettlands ausmacht, beigetragen hat. Ein Wahlbündnis, das sich als Anwalt dieser Gruppe versteht, ging aus den Parlamentswahlen 2011 erstmals als stärkste Partei hervor.

Fortschritte hingegen wurden im Konflikt zwischen Kosovo und Serbien erzielt. Zwar lehnen Serbien, Russland und auch fünf EU-Mitgliedstaaten eine Anerkennung Kosovos als unabhängiger Staat noch immer ab, bis zum Juni 2013 hatten aber immerhin 103 UN-Mitgliedsstaaten Staaten Kosovo anerkannt, darunter die meisten Länder der EU sowie die USA. Die EU-Außenbeauftragte konnte darüber hinaus nicht nur im Konflikt über die Grenzkontrollen vermitteln, sondern im April 2013 auch ein Abkommen aushandeln, das die serbischen Kommunen und Enklaven in Kosovo in einen Gemeindeverband mit weitgehenden Autonomie- und Repräsentationsrechten innerhalb des kosovarischen Institutionengefüges organisiert.

Ausblick

Populismus und Polarisierung gefährden Demokratiequalität

Den ostmittel- und südosteuropäischen Staaten hat die Krise der Eurozone vor Augen geführt, welchen Anpassungszwängen weniger wettbewerbsfähige Länder ausgesetzt sind und welche sozialen und politischen Erschütterungen die erzwungenen inneren Abwertungen auslösen können. Die Konflikte innerhalb der Währungsunion und die anhaltende Rezession in den südeuropäischen Staaten belegen, dass ein Beitritt zur EU und zur Eurozone weder eine Gewähr für ökonomische Stabilität und Entwicklung bietet noch als Kompass für eigene Reformen ausreicht. Zudem hat die Krise die Bruchlinien zwischen den Wirtschafts- und Sozialmodellen und den zu Grunde liegenden politischen Ökonomien in Nordwest- und Südeuropa vertieft.

Die verringerte Attraktivität und Orientierungskraft der europäischen Integration fördern in den ostmittel- und südosteuropäischen Staaten vier Entwicklungstendenzen, die die Demokratie gefährden. Erstens schwächen sie diejenigen politischen Eliten, die eine Europäisierung aufgrund ihrer Identifikation mit europäischen Werten propagierten, gegenüber den politischen Eliten, die die EU-Mitgliedschaft nur aus instrumentellen Gründen unterstützen. Letztere interpretieren die von der EU vertretenen demokratischen und rechtsstaatlichen Normen als Bedingungen, die nicht zum inneren Gerüst der nationalen ökonomischen, politischen und Rechtsordnung gehören sollten, sondern von außen auferlegt wurden und nur erfüllt werden, um materielle Vorteile zu erhalten oder Sanktionen zu vermeiden.

Zweitens stärken sie populistische Parteien und Politiker, die der enttäuschten Bevölkerung Scheinalternativen zur ökonomischen Integration verheißen, nationalstaatliche Stärke inszenieren und Kampagnen gegen die vermeintlichen Verantwortlichen für die Misere veranstalten – seien es exkommunistische Seilschaften, das internationale Finanzkapital oder ausländische Großmächte. Im Unterschied zu den etablierten westeuropäischen Demokratien stehen populistische Parteien nicht am Rande des Parteienspektrums. Vielmehr bewirken die schwächeren Bindungen zwischen Wählern und Parteien in den jungen Demokratien der Region, dass die „Mitte der Gesellschaft“ leichter für populistische Politiken zu gewinnen ist.

Drittens haben die EU- und Wirtschaftskrise in mehreren Staaten der Region politischen Eliten zur Regierungsübernahme verholfen, die staatliche Ressourcen zur Marginalisierung der Opposition und eine polarisierende Rhetorik zur Mobilisierung der eigenen Anhänger einsetzen. Um ihre Machtposition auszubauen, besetzen diese Eliten möglichst viele öffentliche Ämter und Schlüsselpositionen mit ihren eigenen Parteigängern und hebeln rechtsstaatliche Kontrollinstanzen aus.

Viertens sind in vielen ostmittel- und südosteuropäischen Staaten Proteste und soziale Bewegungen entstanden, die sich gegen die Austeritätsprogramme der Regierungen und gegen das politische Establishment richten. Die offene Artikulation von Unzufriedenheit ist nicht unbedingt als Zeichen für gereifere Zivilgesellschaften und politisch aktivere Bürger zu sehen, sondern vielmehr als ein Signal der Enttäuschung über das von den politischen Eliten propagierte Projekt der Modernisierung mittels europäischer Integration. In mehreren Staaten trugen gewaltsame Ausschreitungen am Rande von Protestdemonstrationen und inszenierte Gegenproteste zur politischen Polarisierung bei und erhöhten das Risiko, dass extremistische Politiker die Proteste aufgreifen und für ihre systemfeindlichen Ziele vereinnahmen.

In Südosteuropa konnte die EU mit ihrer Beitrittsperspektive Reformprozesse und eine Normalisierung der kosovarisch-serbischen Beziehungen unterstützen. Kroatien trat am 1. Juli 2013 bei, die EU eröffnete im Juni 2012 Beitrittsverhandlungen mit Montenegro und beschloss die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit Serbien sowie von Assoziierungsverhandlungen mit Kosovo. Die weiteren Aussichten für Kosovo sind jedoch ebenso ungewiss wie für Albanien und die blockierten Annäherungsprozesse in Bosnien und Mazedonien. Außerdem illustrieren die Vorgänge in Rumänien und Ungarn, dass die Mitgliedschaft in der EU nicht nur keine Gewähr gegen eine Dekonsolidierung der Demokratie bietet, sondern möglicherweise auch die Fesseln löst, die sich machtorientierte politische Eliten im Interesse des Beitritts zuvor selbst anlegten.